

Ein Gegenentwurf zur populären Musik-Initiative Seite 7

Auf den «ewigen Stein» aus dem Tessiner Maggiatal gebaut Seite 8

Bundesrat Burkhalter für mehr Investition in die Bildung Seite 9

Die SBB wollen künftig ihre Kunden stärker zur Kasse bitten Seite 9

Einsicht, Not und ein bisschen Geld

Was immer mehr Gemeinden zu Fusionen motiviert und welche Schlüsse sich daraus ziehen lassen

Seit 10 Jahren sind in der Schweiz rund 300 Gemeinden in Fusionen aufgegangen – so viele wie in den 150 Jahren zuvor. Hinter diesem von den Kantonen geförderten Trend steht das Streben, verlorene Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

Paul Schneeberger, Stein am Rhein

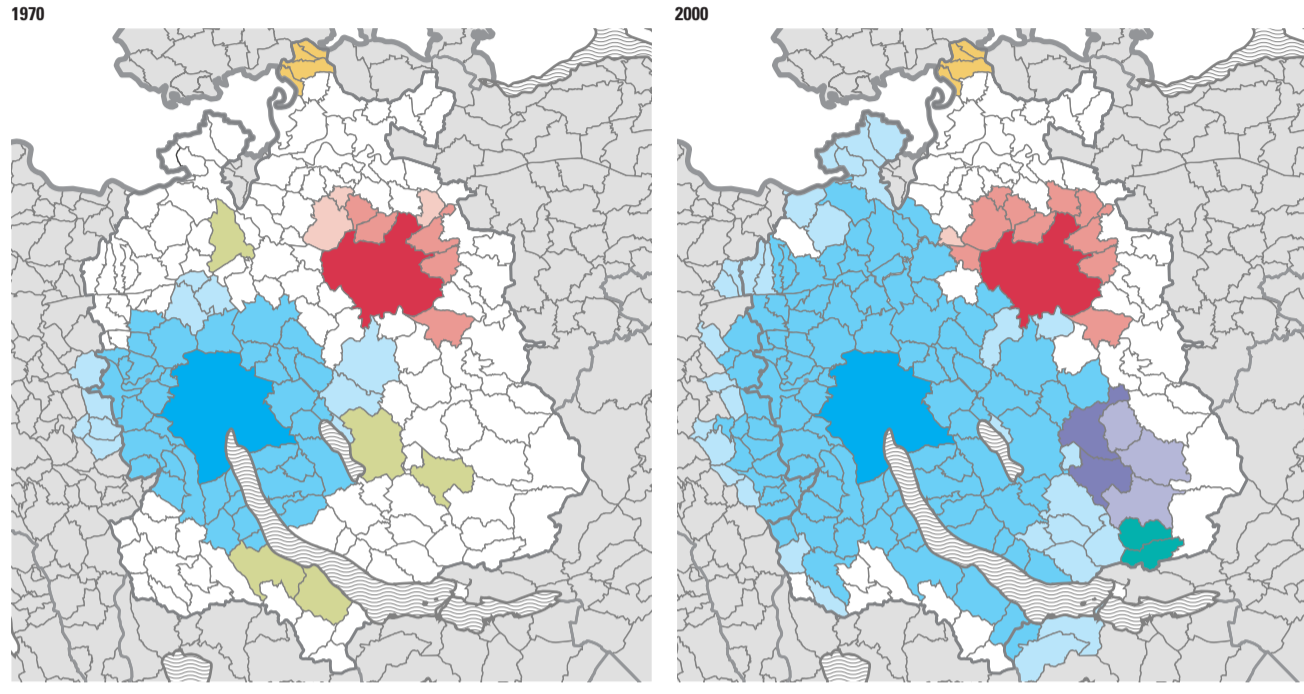
Noch vor 15 Jahren waren Personen, die in der Schweiz laut über Veränderungen kommunaler Grenzen nachdachten, Visionäre; «Eingemeindungen» galten als Bestandteil der Geschichte, nicht der Zukunft. Mittlerweile wurden solche Schritte in der Hälfte der Gemeinden diskutiert und in allen Landesteilen gesetzt. Am Samstag haben auf Einladung der Denkfabrik «Avenir Suisse» in Stein am Rhein Wissenschaftler und Politiker Rückschau auf diesen Aufbruch gehalten und versucht, Schlüsse daraus für die Zukunft abzuleiten.

Kooperation und Autonomie

Die Feststellung, dass die kleinräumige territoriale Gliederung der Schweiz als Kind des 19. Jahrhunderts nicht mehr den interkommunal und interkantonal gewordenen Vernetzungen im Zeitalter von Auto, S-Bahn und Intercity (Agglomerationen, Metropolitanräume) entspricht, ist anerkannt.

Umstritten ist aber, ob das Konsequenzen für die territoriale Gliederung des Landes haben soll und wenn ja welche. Seit dem rasanten Wachstum von Wirtschaft und Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg dominieren pragmatische Formen der interkommunalen und interkantonalen Zusammenarbeit. Heute kooperiert jede Schweizer Ge-

Städte, Agglomerationen und Gemeindegrenzen am Beispiel des Kantons Zürich



Legende für beide Karten
 Karte 1970: Agglomeration Zürich: Kernstadt, bisherige Gemeinden, neue Gemeinden; Agglomeration Winterthur: Kernstadt, bisherige Gemeinden, neue Gemeinden; Gemeinden der Agglomeration Schaffhausen; Städte
 Karte 2000: Agglomeration Wetzikon-Pfäffikon: Kerngemeinden, Agglomerationsgemeinden; Gemeinden der Agglomeration Rapperswil-Jona-Rüti

meinde im Schnitt in zehn Bereichen, wie Reto Steiner vom Kompetenzzentrum für Public Management an der Universität Bern darlegte. Konsequenzen sind Demokratiedefizite, das Schwinden des Gleichgewichts von politischer und finanzieller Verantwortung, Verzerrungen im Standortwettbewerb sowie eine grosse zeitliche Beanspruchung der Exekutivmitglieder durch Koordinationsgremien. Müsste man die Motivationen, die Gemeinden dazu be-

wegen, ihre Grenzen zu überdenken oder zu verändern, auf einen gemeinsamen Nenner bringen, wäre es jener des Strebens nach Handlungsfähigkeit und damit auch nach dem (Rück-)Gewinn von Autonomie und Gewicht. Während die Autonomie den Städten und Gemeinden in urbanisierten Regionen im Zuge immer grösserer regionaler Verflechtungen (Gemeindeverbände) abhandenkommt, kämpfen kleine und periphere Gemeinden mit zu knappen

personellen und finanziellen Ressourcen. Die beiden Faktoren Einsicht und Not sind Voraussetzung, nicht aber Auslöser für territoriale Reformen. Dazu braucht es mehr: finanziellen und strategischen Rückenwind von oben (den es in 16 Kantonen gibt), Schlüsselpersonen, welche die Vorhaben tragen, und Transparenz über die Ziele einer Fusion und weiterer Schritte.

Als wesentlich für den Erfolg von Fusionsprojekten an der Urne gilt eine

optimale Kompensation von Gewinnen und Verlusten der heiratwilligen Gemeinden, wie Philippe Koch vom Zentrum für Demokratie in Aarau ausführte. Insofern richten sich die Steuerfüsse in der Regel meist am steuergünstigsten Fusionspartner aus.

Die finanzielle Sanierung maroder Gemeinden sei deshalb als primäres Ziel einer Fusion ungeeignet, sagte Reto Steiner. Entscheidend ist vielmehr, ob Interessenlagen bestehen, die sich gegenseitig ergänzen.

Handlungsspielräume

In Stadtregionen wird sich noch weisen müssen, ob sich dereinst auch privilegierte Agglomerationsgemeinden zu einem institutionellen Zusammengehen mit den Kernstädten durchringen; sie hielten sich von den Eingemeindungen in die Stadt Zürich 1893 und 1934 ebenso fern wie vom derzeit laufenden Prozess in Luzern.

Weder in Bezug auf städtische noch auf ländliche Gemeinden ist erforscht, wie sich Fusionen auf politische Kräfteverhältnisse auswirken: Lassen sich die Parteienstärken einfach addieren, oder ergeben sich im Vergleich dazu Verschiebungen? Und welche Konsequenzen für die Kommunalpolitik hat die Zusammenführung der differierenden städtischen und vorstädtischen Werthaltungen?

Unter dem Strich zeigt sich, dass Gemeindefusionen zwar in jedem einzelnen Fall Handlungsspielräume vergrössern können. Der grundsätzlichen Diskrepanz zwischen den faktischen Lebensräumen unserer Zeit und der politischen Gliederung des Landes wirken sie nur in sehr beschränkter Masse entgegen. Dafür sind andere Modelle gefragt – auf kantonaler, wenn nicht gar auf metropolitaner Ebene.

Die Neuenburger Regierung bleibt bürgerlich

Thierry Grosjean ist neuer FDP-Staatsrat

Die FDP behält ihren dritten Sitz und damit die Mehrheit in der Neuenburger Regierung. Thierry Grosjean entschied den zweiten Wahlgang klar für sich.

Annegret Mathari, Neuenburg

Thierry Grosjean (fdp.) ist neuer Neuenburger Staatsrat. Er konnte sich bei den Ersatzwahlen am Sonntag deutlich gegen den Grünen Patrick Erard durchsetzen. Die FDP behält damit ihren dritten Sitz und die Mehrheit in der Regierung. Der 54 Jahre alte Grosjean, Direktor der Weinkellerei Auvernier, der grössten im Kanton, erhielt im zweiten Wahlgang 24 319 Stimmen, Erard dagegen nur 21 816. Die Stimmbeteiligung lag bei 36,7 Prozent. Neben Thierry Grosjean sind auch Claude Nicati und Philippe Gnaegi für die FDP in der Regierung. Die SP verfügt mit Jean Studer und Gisèle Ory über zwei Regierungsglieder.

Vertrauen zurückgewinnen

Grosjean sagte nach seiner Wahl, das Wichtigste sei nun, das Vertrauen der Bürger wieder zu gewinnen. Er hob auch die Bedeutung einer solidarischen Zusammenarbeit der Regierung hervor, deren Kollegialität in den vergangenen Monaten durch die Affäre Hainard belastet worden war. Die Neuenburger Regierungswahl war durch den Rücktritt von FDP-Staatsrat Frédéric Hainard notwendig geworden, dem Vernetzung und Amtsmissbrauch vorgeworfen worden waren. Das Kan-

tonsparlament setzte eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ein, die diese Vorwürfe prüfen soll. Hainard, der sich mit seinen Sheriff-Methoden unmöglich gemacht hatte, trat schliesslich Ende August zurück.

Kein Schaden für die FDP

Zuvor war bekannt geworden, dass sich Hainard persönlich für die Einstellung einer Mitarbeiterin seines Departements eingesetzt hatte, mit der er eine



Thierry Grosjean
Staatsrat Neuenburg (fdp.)

Liebesbeziehung hatte. Wie der Ausgang der Ersatzwahl nun zeigt, schadet die Affäre Hainard der Neuenburger FDP jedoch nicht. Die Partei konnte sich erfolgreich von ihrem früheren Regierungsrat distanzieren.

Dass die Neuenburger Wähler der Partei Hainards keinen Denkzettel verpassten, ist vor allem auch das Verdienst von Grosjean, der als konsensorientierter Politiker gilt. Sein Sieg hatte sich bereits im ersten Wahlgang am 31. Oktober abgezeichnet. Trotz der Konkurrenz mehrerer bürgerlicher Kandidaten kam er damals mit einem Vorsprung von rund 200 Stimmen auf Platz eins, vor Erard, dem Kandidaten der Linken. Offen ist noch, ob Grosjean

das Wirtschaftsdepartement von Hainard übernimmt. Die Regierung wird darüber voraussichtlich an ihrer nächsten Sitzung vom Mittwoch entscheiden. Seit dem Rücktritt von Frédéric Hainard hatte Staatsrat Philippe Gnaegi das Wirtschaftsdepartement interimistisch geleitet.

Enttäuschend war die Wahl für die Linke, die ihre Wähler nicht mobilisieren konnte. Sie hatte gehofft, den 2009 an die FDP verlorenen Sitz zurückzugewinnen. Der grüne Staatsrat Fernand Cuche war damals abgewählt worden. Der 50 Jahre alte Sportlehrer Patrick Erard bezeichnete seine Nichtwahl am Sonntag als Niederlage für den Kanton. Nun stünden sich weiter eine bürgerliche Regierung und ein links dominiertes Parlament gegenüber.

Affäre Hainard zieht Kreise

Mit der Ersatzwahl ist die Affäre Hainard noch nicht beendet. Die zur Aufklärung der Vorkommnisse eingesetzte PUK wird ihren Bericht erst Anfang des nächsten Jahres vorlegen. Der geplante Abgabetermin vom 31. Oktober konnte unter anderem nicht eingehalten werden, weil Erard mit seiner Staatsratskandidatur als PUK-Präsident in den Ausstand treten musste. Die neue PUK-Präsidentin ist die grüne Grossrätin Veronika Pantillon.

In der Affäre Hainard wurde ausserdem eine Administrativuntersuchung gegen die Kantonspolizei Neuenburg eröffnet. Polizeibeamte sollen ohne Bewilligung für die Vormundschaftsbehörde und das Arbeitsinspektorat im Einsatz gewesen sein, als diese von Hainard geleitet wurden.

Musik föderalistisch fördern

Gegenentwurf zur Initiative «Jugend und Musik» in Prüfung

Die populäre Musik-Initiative stellt die Kompetenzordnung der Bildungsverfassung in Frage. Ein nun diskutierter Gegenentwurf könnte den Schaden begrenzen.

nn. Bern · Die von Musikverbänden eingereichte Volksinitiative «Jugend und Musik» verfolgt ein vergleichsweise durchaus sympathisches Ziel: die Förderung der musikalischen Bildung von Kindern und Jugendlichen – in Anlehnung an das Bundesengagement bei Jugend und Sport. Kaum jemand stellt sich gegen das Begehren, mehrere Parlamentarier sind gar im Initiativkomitee aktiv. Und bei der Behandlung der Initiative im September steigerte sich der Nationalrat in einen überparteilichen kulturpolitischen Rausch hinein: Die Initiative wurde mit 126 zu 57 Stimmen wuchtig zur Annahme empfohlen.

Die Argumente von Innenminister Didier Burkhalter fanden kein Gehör. Vergeblich betonte er, dass die Förderung des ausserschulischen Musikunterrichts nun im neuen Kulturförderungsgesetz schon explizit vorgesehen ist. Zudem geben gemäss Zahlen der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) Kantone und Gemeinden jährlich bereits gut 700 Millionen Franken für die musikalische Bildung aus. Wo die Initiative nicht überflüssig anmutet, verletzt sie die föderale Kompetenzordnung: Auch für den schulischen Musikunterricht soll der Bund Grundsätze (bis hin zur Stundenzahl) festlegen – obwohl der Bund im Volksschulbereich nur aktiv werden darf, wenn die Harmonisierungsbestrebungen der Kantone nicht fruchten.

Nach der Ernüchterung im Nationalrat setzt Burkhalter nun offenbar auf Realpolitik. Mit Vertretern der ständerrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) wirkt er auf einen direkten Gegenvorschlag zur Initiative hin, wie aus der WBK und dem Innendepartement zu vernehmen ist. Der Vorschlag soll am Dienstag in der WBK diskutiert werden. Kommt ein Gegenentwurf zustande, müsste wohl eine Anhörung durchgeführt werden, was die Behandlung der Initiative im Ständerat bis im März verzögern würde.

Inhaltlich könnte ein Gegenentwurf allenfalls die Pflicht zum Fördern etwas abmildern, auf jeden Fall aber müsste die Kompetenzordnung der 2006 von Volk und Ständen angenommenen Bildungsverfassung gewahrt werden. Gerade der Ständerat müsste berücksichtigen, dass die Lösung der Initiative auf erbitterten Widerstand der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) stösst. Im April erklärte EDK-Präsidentin Isabelle Chassot in der nationalrätlichen WBK gemäss Redetext, die Initiative sei «das Letzte, was wir im Bildungsbereich brauchen». Im Rahmen der Harmonisierung der Lehrpläne würden bald für alle Schulfächer – auch für Musik – Eckwerte festgelegt.

Politisch müsste ein Gegenentwurf den Rückzug der Initiative ermöglichen. Auch Mitgliedern des Initiativkomitees ist der Angriff auf die kantonale Bildungshoheit mittlerweile unangenehm. Die Präsidentin des Komitees, Ständerätin Christine Egerszegi (Aargau, fdp.) will nicht über einen Rückzug spekulieren, signalisiert aber Offenheit: «Das Wichtigste ist, dass es einen Verfassungsartikel für die Musik gibt.»